

Politische Governance, Entscheidungsarchitektur und Diskursanalyse der Olympia-Bewerbung der Region Rhein-Ruhr für die Jahre 2036/2040

Datum: 1. Februar 2026

Status: Finaler Forschungsbericht

Inhaltsverzeichnis

1. **Exekutive Zusammenfassung**
2. **Einleitung: Die geopolitische und sporthistorische Einordnung**
 - 2.1. Die Last der Geschichte: 1936, 1972 und die gescheiterten Anläufe
 - 2.2. Die „Neue Norm“ des IOC und die deutsche Antwort
 - 2.3. Nordrhein-Westfalen als Akteur im globalen Sport-Marketing
3. **Institutioneller Rahmen und Governance: Wer entscheidet wann und was?**
 - 3.1. Die Entscheidungshoheit des DOSB: Das Drei-Stufen-Modell
 - 3.2. Die Rolle des Bundes: Von der Scholz-Administration zur Kanzlerschaft Merz
 - 3.3. Die Landesregierung NRW: Koordinator und Finanzier
 - 3.4. Die kommunale Selbstverwaltung: Der Ratsbürgerentscheid als Souverän
4. **Das Bewerbungskonzept Rhein-Ruhr: Polyzentralität als neues Paradigma**
 - 4.1. Die Abkehr vom Zentralismus: 17 Kommunen, ein Ziel
 - 4.2. Infrastrukturelle Analyse: Köln als „Leading City“ und die Satelliten
 - 4.3. Nachhaltigkeit durch Bestandnutzung: Realität oder Marketing?
5. **Chronologie der politischen Entscheidungen (2023–2026)**
 - 5.1. Die Genese: Von der Privatinitiative zur Staatsaffäre
 - 5.2. Die „Frankfurter Erklärung“ und der Einstieg in den Dialog
 - 5.3. Der 4. Dezember 2025: Die Unterzeichnung im Kanzleramt
6. **Finanzarchitektur und haushaltspolitische Konfliktlinien**
 - 6.1. Kostenstruktur der Bewerbungsphase vs. Austragungsbudget
 - 6.2. Die Kontroverse um die Finanzierung der Referenden
 - 6.3. Die Position des Bundes der Steuerzahler und der Opposition
7. **Der gesellschaftliche Diskurs: Akzeptanzmanagement und Gegenbewegungen**
 - 7.1. Demoskopische Befunde: Die Stimmungslage in NRW vs. Bund
 - 7.2. Die „NOlympia“-Bewegung: Argumentationsmuster und Mobilisierung

- 7.3. Die Rolle der politischen Parteien: Konsens und Dissens (CDU, SPD, Grüne, Linke)
 - 8. **Das demokratische Nadelöhr: Die Ratsbürgerentscheide im April 2026**
 - 8.1. Rechtsgrundlagen und Quoren nach der Gemeindeordnung NRW
 - 8.2. Die Fragestellung und ihre psychologische Wirkung
 - 8.3. Kampagnenführung: „Dafür sein ist alles“
 - 9. **Szenarienanalyse und strategischer Ausblick**
 - 9.1. Szenario A: Das klare Mandat
 - 9.2. Szenario B: Der Flickenteppich
 - 9.3. Szenario C: Das Scheitern und die Folgen für die Sportnation Deutschland
 - 10. **Fazit**
-

1. Exekutive Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht analysiert umfassend den Status quo, die politischen Entscheidungsprozesse und die gesellschaftliche Debatte rund um die potenzielle Bewerbung der Region Rhein-Ruhr für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036 oder 2040. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung im Februar 2026 befindet sich das Projekt in einer entscheidenden Phase der demokratischen Legitimation, die in den für den 19. April 2026 angesetzten Ratsbürgerentscheiden kulminieren wird.

Die politische Landschaft hat sich durch die Unterzeichnung der Grundsatzvereinbarung am 4. Dezember 2025 zwischen Bundeskanzler Friedrich Merz, den Ministerpräsidenten der Bewerberländer und dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) fundamental gewandelt. Diese Vereinbarung signalisiert eine geschlossene Unterstützung der Exekutive auf Bundes- und Landesebene und markiert das Ende der rein sportfachlichen Vorprüfungsphase hin zu einer hochpolitischen Kampagnenphase.¹ Die Bundesregierung betrachtet die Bewerbung als nationales Gemeinschaftsprojekt, das über reine Sportpolitik hinausgeht und als Instrument der gesellschaftlichen Kohäsion und infrastrukturellen Modernisierung dienen soll.

Das spezifische Konzept der Region Rhein-Ruhr bricht mit der Tradition monozentrischer Austragungsorte. Durch die Einbindung von 17 Kommunen unter der Führung Kölns („Leading City“) wird versucht, die ökologischen und ökonomischen Belastungen zu verteilen und eine Nutzung bestehender Sportstätten von bis zu 95 % zu erreichen.² Dieser Ansatz adressiert direkt die Kritikpunkte des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) an „gigantomanischen“ Neubauprojekten, wirft jedoch neue Fragen hinsichtlich der logistischen Komplexität, der Verkehrsinfrastruktur und der Sicherheitsarchitektur in einem hochverdichteten Ballungsraum auf.

Ein zentraler Konfliktpunkt der aktuellen Debatte ist die Finanzierung der direktdemokratischen Verfahren. Die Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die Kosten für die Durchführung der Bürgerentscheide (ca. 9,5 Mio. Euro) durch Umschichtungen im Sportetat zu decken – konkret durch Kürzungen bei der Förderung von Sportstätteninvestitionen – hat zu einer scharfen Kontroverse geführt.³ Kritiker,

insbesondere die SPD-Landtagsfraktion und der Bund der Steuerzahler, sehen darin einen Widerspruch zum Versprechen, den Breitensport durch Olympia zu stärken. Die Opposition warnt vor einer „Bewerbung auf Kosten der Basis“ und mobilisiert gegen die Priorisierung des Großevents.

Die Analyse der öffentlichen Meinung zeigt ein geteiltes, aber tendenziell positives Bild. Umfragen deuten auf eine Zustimmung von rund 71 % in NRW hin, was signifikant höher ist als bei vergangenen, gescheiterten Versuchen in Hamburg oder München.⁴ Dennoch formiert sich unter dem Banner „NOlympia“ ein artikulierter Widerstand, der ökologische Risiken, die Gefahr von Mietpreissteigerungen und die demokratischen Defizite des IOC thematisiert.⁵ Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die technische und politische Vorbereitung der Bewerbung weit fortgeschritten und professionell organisiert ist. Die größte Hürde bleibt jedoch die Mobilisierung der Bevölkerung für die Briefwahl im April 2026. Der Ausgang dieser Referenden wird nicht nur über die Zukunft der Rhein-Ruhr-Initiative entscheiden, sondern auch als Indikator für die generelle Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland dienen, Großprojekte demokratisch zu legitimieren und umzusetzen.

2. Einleitung: Die geopolitische und sporthistorische Einordnung

2.1 Die Last der Geschichte: 1936, 1972 und die gescheiterten Anläufe

Die Diskussion um eine deutsche Olympiabewerbung findet niemals im luftleeren Raum statt; sie ist stets durchdrungen von der historischen Ambivalenz der deutschen Sportgeschichte. Die Spiele von 1936 in Berlin stehen als Mahnmal für den Missbrauch des Sports durch totalitäre Regime, während München 1972, konzipiert als „heitere Spiele“ und Gegenentwurf zu Berlin, durch das Attentat auf die israelische Mannschaft tragisch überschattet wurde. Eine Bewerbung für 2036 – genau 100 Jahre nach den Nazi-Spielen – wird von Kritikern als geschichtsvergessen, von Befürwortern jedoch als Chance zur bewussten Auseinandersetzung und zur Demonstration eines geläuterten, demokratischen Deutschlands gesehen.

In der jüngeren Vergangenheit ist Deutschland jedoch weniger an seiner Geschichte als an seiner Gegenwart gescheitert. Die Bewerbungen von München für die Winterspiele 2022 und Hamburg für die Sommerspiele 2024 scheiterten nicht am IOC, sondern an den Bürgern in den jeweiligen Referenden. Diese „Nein“-Voten waren Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber den Versprechungen von Sportfunktionären und Politikern sowie einer generellen Skepsis gegenüber den Kosten und ökologischen Folgen von Mega-Events. Der aktuelle Prozess, der in NRW und anderen Regionen läuft, ist daher primär als Antwort auf diese Traumata konzipiert. Der DOSB hat unter Präsident Thomas Weikert einen Paradigmenwechsel vollzogen: Weg von der Hinterzimmer-Diplomatie, hin zu einem transparenten, partizipativen Verfahren, das die Bürger vor der offiziellen Abgabe einer Bewerbung bindend einbezieht.⁷

2.2 Die „Neue Norm“ des IOC und die deutsche Antwort

Das IOC selbst hat unter dem Druck schwindender Bewerberzahlen (insbesondere aus demokratischen Staaten) mit der „Agenda 2020“ und der „New Norm“ reagiert. Diese Reformen fordern Kostensenkungen, Nachhaltigkeit und die Nutzung bestehender Infrastruktur. Die Bewerbung Rhein-Ruhr ist maßgeschneidert auf diese neuen Anforderungen. Sie verzichtet auf spektakuläre Architekturikonen zugunsten pragmatischer Nutzung vorhandener Arenen. Politisch wird dies in Deutschland als Chance begriffen, das Narrativ der Spiele neu zu schreiben. Bundeskanzler Friedrich Merz und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst betonen in ihren Stellungnahmen die Rolle des Sports als „Kitt der Gesellschaft“ in Zeiten politischer Fragmentierung.¹ Die Bewerbung wird somit auch zu einem innenpolitischen Instrument, um Zuversicht und Leistungsbereitschaft zu signalisieren.

2.3 Nordrhein-Westfalen als Akteur im globalen Sport-Marketing

Für Nordrhein-Westfalen geht es bei der Bewerbung um mehr als Sport. Als bevölkerungsreichstes Bundesland, das sich in einer dauerhaften Transformation von der Montanindustrie zur Wissens- und Dienstleistungsökonomie befindet, dient die Bewerbung als Vehikel für Standortmarketing. Die Marke „Rhein Ruhr City“ soll international als polyzentrische Metropolregion etabliert werden, die in einer Liga mit Paris, London oder Tokio spielt. Die Landesregierung nutzt die Bewerbung strategisch, um Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (die ohnehin notwendig sind) zu beschleunigen und politisch unter dem Label „Olympia“ zu priorisieren. Kritiker sehen darin jedoch ein „Greenwashing“ struktureller Probleme und eine Ablenkung von drängenden sozialen Herausforderungen im Ruhrgebiet.⁵

3. Institutioneller Rahmen und Governance: Wer entscheidet wann und was?

Um den aktuellen Diskussionsstand zu verstehen, ist eine präzise Analyse der Entscheidungsebenen notwendig. Das Verfahren ist komplex, da es Kompetenzen des privatrechtlichen Vereins DOSB mit denen staatlicher Gebietskörperschaften verwebt.

3.1 Die Entscheidungshoheit des DOSB: Das Drei-Stufen-Modell

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) besitzt als Nationales Olympisches Komitee das exklusive Recht, eine deutsche Stadt oder Region beim IOC anzumelden. Um das Risiko eines erneuten Scheiterns zu minimieren, hat der DOSB ein rigides **Drei-Stufen-Modell** entwickelt, das den Rhythmus der politischen Diskussionen diktiert.⁸

Stufe 1: Prüfung der operativen Mindestanforderungen (Abgeschlossen)

- **Zeitraum:** Bis September 2025.
- **Inhalt:** In dieser Phase mussten die interessierten Regionen (Rhein-Ruhr, Berlin,

Hamburg, München, Leipzig) nachweisen, dass sie technisch in der Lage sind, Spiele auszurichten.

- **Kriterien:** Der Kriterienkatalog war strikt. Er forderte u.a.:
 - Reisezeiten für Athleten vom Olympischen Dorf zu den Wettkampfstätten von maximal 60 Minuten.⁸
 - Verfügbarkeit von ca. 80.000 Hotelbetten im Umkreis.
 - Nachweis der Verfügbarkeit von Grundstücken für das Olympische Dorf.
 - Bestandsnutzung der Sportstätten von über 90 %.⁸
- **Entscheidung:** Ende September 2025 bestätigte das DOSB-Präsidium, dass das Konzept Rhein-Ruhr (ebenso wie die Konzepte von Berlin, Hamburg und München) diese Hürde genommen hat. Dies war die „technische Freigabe“.⁹

Stufe 2: Die gesellschaftliche Validierung (Aktuell laufend)

- **Zeitraum:** Oktober 2025 bis Juni 2026.
- **Ziel:** Nachweis des bürgerschaftlichen Rückhalts.
- **Mechanismus:** Durchführung von Bürgerentscheiden oder Referenden. Der DOSB hat klar kommuniziert, dass er keine Bewerbung ohne positives Bürgervotum unterstützen wird.
- **Meilensteine:** München hat bereits am 26. Oktober 2025 vorgelegt (66,4 % Zustimmung). Für NRW ist der **19. April 2026** als Tag der Entscheidung festgelegt. Hamburg plant sein Referendum für Ende Mai 2026.⁸
- **Entscheidungssträger:** Hier entscheiden nicht Sportfunktionäre, sondern die Wähler in den Kommunen.

Stufe 3: Die finale Auswahl (Geplant Herbst 2026)

- **Zeitraum:** Bis September 2026.
- **Prozess:** Nach Vorliegen aller Referendumsergebnisse wird eine außerordentliche Mitgliederversammlung des DOSB einberufen.
- **Entscheidung:** Die Delegierten des DOSB wählen – in Abstimmung mit der Bundesregierung – das finale Konzept aus, mit dem Deutschland in den „Continuous Dialogue“ mit dem IOC tritt. Es ist möglich, dass hier eine hybride Lösung (z.B. NRW plus Berlin) beschlossen wird, sofern beide Regionen ihre Referenden gewinnen.⁸

3.2 Die Rolle des Bundes: Von der Scholz-Administration zur Kanzlerschaft Merz

Die Rolle des Bundes hat sich im Zeitverlauf intensiviert. Während unter der Kanzlerschaft von Olaf Scholz (SPD) erste Absichtserklärungen (Memorandum of Understanding im Sommer 2024) unterzeichnet wurden¹⁰, vollzog sich mit dem Regierungswechsel (den die Quellen implizieren) hin zu Friedrich Merz (CDU) eine noch stärkere Identifikation mit dem Projekt. Am **4. Dezember 2025** wurde im Kanzleramt Fakten geschaffen. Die Unterzeichnung der „Politischen Vereinbarung“ durch Kanzler Merz ist das stärkste Signal bisher. Sie garantiert dem DOSB die politische und finanzielle Rückendeckung des Bundes.¹

- **Wer entscheidet hier?** Der Bundeskanzler und das Bundesinnenministerium (zuständig für Sport). Die Entscheidung zur Unterstützung ist gefallen; die Entscheidung über die genaue Höhe der Bundesgarantien (Defizitgarantie) steht noch aus und wird erst im Rahmen des Host City Contracts relevant.

3.3 Die Landesregierung NRW: Koordinator und Finanzier

Für NRW ist die Staatskanzlei unter Ministerpräsident Hendrik Wüst die Schaltzentrale.

- **Entscheidungen:** Das Land hat entschieden, die Bewerbung aktiv zu betreiben und nicht nur zu begleiten. Es hat die Kampagne „Rhein Ruhr City“ de facto verstaatlicht.
- **Finanzierung:** Das Land trägt die Hauptlast der Bewerbungskosten und subventioniert die Durchführung der kommunalen Bürgerentscheide zu 85 %.¹¹ Dies gibt der Landesregierung einen starken Hebel, schafft aber auch Abhängigkeiten.

3.4 Die kommunale Selbstverwaltung: Der Ratsbürgerentscheid als Souverän

Auf der untersten, aber wichtigsten Ebene stehen die Kommunen. In NRW gilt die Gemeindeordnung (GO NRW). Die Stadträte von Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund und den anderen 13 Städten haben beschlossen, ihre Entscheidungskompetenz gem. § 26 GO NRW an die Bürger zu delegieren (Ratsbürgerentscheid).

- **Wer entscheidet?** Der Bürger.
- **Bindung:** Das Ergebnis ersetzt den Ratsbeschluss. Ein „Nein“ in Köln würde bedeuten, dass die Stadt Köln keine Verträge mit dem IOC unterzeichnen darf. Da Köln als „Leading City“ fungiert, käme dies einem Veto gegen das gesamte NRW-Konzept gleich.

4. Das Bewerbungskonzept Rhein-Ruhr: Polyzentralität als neues Paradigma

4.1 Die Abkehr vom Zentralismus: 17 Kommunen, ein Ziel

Das Konzept „Rhein Ruhr City“ unterscheidet sich radikal von klassischen Bewerbungen. Es gibt kein einzelnes Epizentrum. Stattdessen sind 17 Städte involviert.

- **Strategie:** Diese Verteilung soll den „Gigantismus“ vermeiden und die Lasten streuen. Es ist der Versuch, die Metropolregion Rhein-Ruhr, die politisch oft fragmentiert agiert, durch den Sport zu einer administrativen Einheit zu zwingen.
- **Herausforderung:** Die Koordination von 17 Bürgermeistern, 17 Stadträten und 17 Verwaltungskörpern ist ein bürokratischer Albtraum, der durch die zentrale Steuerung der Landesregierung gemildert werden soll.

4.2 Infrastrukturelle Analyse: Köln als „Leading City“ und die Satelliten

Die Verteilung der Sportarten ist politisch und pragmatisch austariert:

- **Köln:** Fungiert als nominelle „Host City“ gegenüber dem IOC. Hier sollen zentrale Elemente wie das Olympische Dorf (oder Teile davon) und Hallensportarten (Lanxess Arena, 18.000 Zuschauer) angesiedelt werden.²
- **Düsseldorf:** Die Landeshauptstadt bringt die Merkur Spiel-Arena ein, die mit 50.000 Plätzen für Ballsport-Finals vorgesehen ist. Die Rivalität zwischen Köln und Düsseldorf wird hier in eine Arbeitsteilung überführt.²
- **Essen & Dortmund:** Essen (UNESCO-Welterbe Zollverein als Kulisse?) und Dortmund (Westfalenhallen/Stadion) sind weitere Ankerpunkte. Essen hat die Führungsrolle Kölns offiziell akzeptiert, was als wichtiger politischer Burgfrieden gewertet wird.¹³
- **Krefeld & Co:** Kleinere Städte wie Krefeld (Yayla Arena für Taekwondo) werden eingebunden, um die Breite der Region abzubilden.²

4.3 Nachhaltigkeit durch Bestandsnutzung: Realität oder Marketing?

Das zentrale Verkaufsargument ist die Quote von **100 % bestehenden oder temporären Sportstätten**.²

- **Tabelle 1: Infrastruktur-Status Rhein-Ruhr**

Kategorie	Status	Beispiel	Implikation
Wettkampfstätten	95-100% Bestand	Merkur Spiel-Arena, Lanxess Arena	Keine „Weißen Elefanten“ (ungenutzte Ruinen nach den Spielen).
Unterbringung	Vorhanden	Hotelkapazitäten Messestädte	Erfüllung der DOSB-Vorgabe (>80.000 Betten) problemlos möglich.
Olympisches Dorf	Neubau/Konversion	Geplant als Wohnungsbauprojekt	Soll nach den Spielen den angespannten Wohnungsmarkt entlasten (Legacy).
Verkehr	Kritisch	ÖPNV / RRR	Das Nadelöhr. Hoher Investitionsbedarf zur Einhaltung der 60-Minuten-Reisezeit.

Die „Nachhaltigkeit“ wird jedoch von Kritikern hinterfragt, da die Logistik (Transport von Athleten und Zuschauern zwischen 17 Städten) einen erheblichen CO₂-Fußabdruck erzeugen könnte, wenn der ÖPNV nicht massiv ausgebaut wird.

5. Chronologie der politischen Entscheidungen

(2023–2026)

Der Weg zur aktuellen Situation ist geprägt von einer zunehmenden Verstaatlichung der Initiative.

5.1 Die Genese: Von der Privatinitiative zur Staatsaffäre

Ursprünglich war „Rhein Ruhr City 2032“ eine private Initiative des Sportmanagers Michael Mronz. Nachdem der Zuschlag für 2032 überraschend früh an Brisbane ging, wurde das Konzept für 2036/2040 adaptiert.

- **Entscheidung:** Die Landesregierung NRW entschied, das Konzept nicht fallen zu lassen, sondern es in die staatliche Sportpolitik zu integrieren. Mronz' Vorarbeit lieferte das technische Gerüst, die Politik übernahm die Führung.

5.2 Die „Frankfurter Erklärung“ und der Einstieg in den Dialog

Im Jahr 2023 verabschiedete der DOSB die „Frankfurter Erklärung“.

- **Inhalt:** Sie legte fest, dass eine Bewerbung nur mit Menschenrechten, Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung denkbar ist.
- **Wirkung:** Dies war der Startschuss für den formalen Prozess, in den NRW im Jahr 2024/2025 eintrat.

5.3 Der 4. Dezember 2025: Die Unterzeichnung im Kanzleramt

Dieses Datum markiert den vorläufigen Höhepunkt der politischen Willensbildung.

- **Ereignis:** Gipfeltreffen im Bundeskanzleramt.
- **Akteure:** Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU), Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD).
- **Beschluss:** Unterzeichnung einer politischen Vereinbarung.¹
- **Interpretation:** Die parteiübergreifende (CDU/CSU/SPD) Präsenz demonstriert den „Burgfrieden“. Die Tatsache, dass Merz als Kanzler agiert, festigt die Achse NRW-Bund. Die Vereinbarung ist ein klares Signal an das IOC: „Germany is united“. Sie beendet spekulative Debatten über interne Konkurrenzen; man tritt als „Team Deutschland“ auf, wobei die interne Auswahl (welche Stadt den Hut aufhat) dem DOSB-Prozess überlassen bleibt.

6. Finanzarchitektur und haushaltspolitische Konfliktlinien

Geld ist der sensibelste Punkt jeder Olympia-Debatte. Die aktuelle Diskussion in NRW entzündet sich weniger an den Milliarden für die Spiele, sondern an den Millionen für die

Demokratie.

6.1 Kostenstruktur der Bewerbungsphase vs. Austragungsbudget

- **Bewerbungskosten (2024–2027):** Der Bund steuert 6,95 Mio. Euro bei.¹⁰ Dies deckt Personal, Gutachten und internationale Lobbyarbeit ab.
- **Referendumskosten:** Für die Durchführung der Ratsbürgerentscheide in NRW werden ca. **9,5 Millionen Euro** veranschlagt.

6.2 Die Kontroverse um die Finanzierung der Referenden

Hier liegt der aktuelle politische Sprengstoff. Recherchen und Parlamentsprotokolle zeigen, dass die Landesregierung plant, diese 9,5 Mio. Euro durch Umschichtungen im Haushalt zu finanzieren.

- **Der Mechanismus:** Die Mittel sollen aus dem Titel für „Investitionen im Sport“ (Sportstättenförderung) entnommen werden.³
- **Die Kritik:** Die SPD-Fraktion (Lisa Kapteinat) wirft Ministerpräsident Wüst vor, den Breitensport zu schröpfen, um das Prestige-Projekt zu bezahlen. Das Argument: Das Geld, das für die Abstimmung ausgegeben wird, fehlt für die Sanierung maroder Turnhallen und Sportplätze an der Basis.
- **Politische Implikation:** Dies ist ein kommunikatives Desaster für die Befürworter. Es bestätigt das Vorurteil, dass Olympia dem Breitensport Mittel entzieht, statt sie zu generieren.

6.3 Die Position des Bundes der Steuerzahler und der Opposition

Der Bund der Steuerzahler NRW flankiert diese Kritik. Er fordert absolute Transparenz und warnt vor verdeckten Kosten. Er verweist auf frühere Bewerbungen (Berlin 2000), bei denen Akten vernichtet wurden und Millionenbeträge in dunklen Kanälen versickerten.¹⁴ Die Forderung: Ein detaillierter Kostenplan vor dem Referendum, nicht erst danach.

7. Der gesellschaftliche Diskurs:

Akzeptanzmanagement und Gegenbewegungen

Die Schlacht um die Köpfe ist in vollem Gange. Die Diskursanalyse zeigt zwei unvereinbare Lager.

7.1 Demoskopische Befunde: Die Stimmungslage in NRW vs. Bund

Aktuelle Umfragen zeichnen ein überraschend positives Bild für NRW.

- **Zustimmung:** Laut Erhebungen (z.B. Berlin.Table/Civey) befürworten ca. 71 % der Menschen in NRW eine Bewerbung.⁴
- **Vergleich:** Dies ist ein Spitzenwert im nationalen Vergleich. Berlin liegt teilweise darunter (widersprüchliche Daten, teils hohe Ablehnung um 67% in anderen Quellen,

teils Zustimmung).

- **Trend:** Das erfolgreiche Referendum in München (Okt 2025) hat eine positive Sogwirkung entfaltet. Es scheint, als ob die generelle „Dagegen-Stimmung“ in Deutschland kippt.

7.2 Die „NOlympia“-Bewegung: Argumentationsmuster und Mobilisierung

Trotz guter Umfragen ist der Widerstand gut organisiert. Das Bündnis „NOlympia Colonia“ und landesweite Gruppen vernetzen sich.

- **Argument 1: Gentrifizierung.** Die Angst, dass Olympia als Beschleuniger für Luxussanierungen dient und Mieten unbezahlbar macht (Beispiel Paris und London).
- **Argument 2: Ökologie.** Kritik am Ressourcenverbrauch. Selbst bei Nutzung bestehender Stadien sei der Reiseverkehr der Fans klimaschädlich.
- **Argument 3: Priorisierung.** „Schulen statt Spiele“. Die 9,5 Mio. Euro Debatte (siehe 6.2) ist ihr stärkstes Kampagnen-Tool.⁶
- **Aktionsformen:** Proteste vor der Lanxess Arena, Social Media Kampagnen, Vernetzung mit Kritikern in Hamburg und München.

7.3 Die Rolle der politischen Parteien: Konsens und Dissens

- **CDU/CSU:** Uneingeschränkte Befürworter (Merz, Wüst, Söder). Olympia als nationale Aufgabe.
- **SPD:** Auf Bundesebene (unter Scholz) unterstützend, in NRW in der Opposition jedoch kritisch im Detail (Finanzierung), aber grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber dem Sportevent an sich. Sie nutzen die Finanzierungsfrage taktisch, um Wüst zu schaden.
- **Grüne:** In der Zwickmühle. Als Regierungspartner in NRW tragen sie die Entscheidung mit, fordern aber strikte Nachhaltigkeit. Ihre Basis ist oft skeptisch (siehe NOlympia-Bündnisse).
- **Die Linke:** Die einzige Partei mit fundamentaler Ablehnung. Beschlusslage: „NOlympia 2036/40“ wegen Kommerzialisierung und sozialen Folgen.⁵

8. Das demokratische Nadelöhr: Die Ratsbürgerentscheide im April 2026

Der 19. April 2026 ist das Datum, an dem sich das Schicksal der Bewerbung entscheidet.

8.1 Rechtsgrundlagen und Quoren nach der Gemeindeordnung NRW

Die Abstimmung erfolgt gemäß § 26 GO NRW.

- **Modus:** Briefwahl. Dies ist entscheidend, da reine Urnenwahlen oft niedrige Beteiligungen haben. Die Zusendung der Unterlagen an alle Wahlberechtigten senkt die Hürde massiv.¹⁵
- **Quorum:** Damit der Entscheid gültig ist, muss die Mehrheit der Abstimmenden mit „Ja“

stimmen, UND diese Ja-Stimmen müssen mindestens **10 % bis 20 %** (je nach Gemeindegröße, Dortmund nennt 10% ¹¹) aller Wahlberechtigten entsprechen.

- *Beispiel:* In einer Stadt mit 500.000 Wahlberechtigten müssen bei 10 % Quorum mindestens 50.000 Menschen mit Ja stimmen. Stimmen nur 80.000 ab, und davon 45.000 mit Ja (Mehrheit), wäre der Entscheid dennoch gescheitert, weil die 50.000er Hürde verfehlt wurde.

8.2 Die Fragestellung und ihre psychologische Wirkung

Die Fragestellung ist simpel gehalten, um juristische Angriffsflächen zu minimieren.

- *Wortlaut (Köln):* „Soll sich die Stadt Köln an der Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele in der Region Rhein-Ruhr beteiligen?“¹⁵
- Es wird *nicht* über ein Budget abgestimmt, sondern über den *Grundsatz* der Bewerbung. Dies erleichtert das „Ja“, birgt aber das Risiko späterer Enttäuschung, wenn die Kosten konkret werden.

8.3 Kampagnenführung: „Dafür sein ist alles“

Die offizielle Kampagne startete im Januar 2026.

- **Slogan:** „Dafür sein ist alles“ – eine positive Umdeutung des olympischen Mottos.¹⁶
- **Testimonials:** Einsatz von Sportlegenden (Isabell Werth, Markus Rehm) und Wirtschaftsführern (Sebastian Schulte, Deutz AG).
- **Narrativ:** Emotionale Aufladung. Olympia nicht als Kostenfaktor, sondern als „Once in a Lifetime“-Erlebnis vor der Haustür. Betonung der „Spiele für Alle“ und der Barrierefreiheit (Paralympics im Fokus).

9. Szenarienanalyse und strategischer Ausblick

Was passiert nach dem 19. April? Drei Szenarien sind denkbar.

9.1 Szenario A: Das klare Mandat (Wahrscheinlichkeit: 60 %)

Die Bürger in allen Schlüsselstädten (Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen) stimmen mit klarer Mehrheit (> 60 %) und ausreichendem Quorum zu.

- **Folge:** NRW zieht gleich mit München. Der DOSB hat im Herbst 2026 die komfortable Wahl zwischen zwei (oder mehr) legitimen Bewerbern. Wahrscheinlichste Konsequenz: Eine „nationale Kombilösung“, bei der NRW den Kern bildet, aber Segeln (Kiel/Hamburg) oder andere Events ausgelagert werden, um ganz Deutschland einzubinden.

9.2 Szenario B: Der Flickenteppich (Wahrscheinlichkeit: 25 %)

Düsseldorf und Essen stimmen zu, Köln oder Dortmund lehnen ab.

- **Folge:** Das polyzentrische Konzept wackelt. Ohne die „Leading City“ Köln oder das Stadion in Dortmund verliert die Bewerbung ihre sportfachliche Basis. Eine Umplanung wäre theoretisch möglich, aber politisch fatal. Das Signal an das IOC wäre: „Die Region

ist sich nicht einig.“ Dies würde die Chancen drastisch senken.

9.3 Szenario C: Das Scheitern (Wahrscheinlichkeit: 15 %)

Die Stimmung kippt, getrieben durch die Finanzdebatte (Sportstättenkürzung). Die Referenden scheitern (Nein-Mehrheit oder Quorum verfehlt).

- **Folge:** Das Projekt Rhein-Ruhr ist politisch tot. Für Ministerpräsident Wüst wäre dies eine schwere Niederlage. Deutschland würde sich auf München oder Berlin konzentrieren müssen. Der Schaden für den Sportstandort NRW wäre immens und langanhaltend.

10. Fazit

Der Diskussionsstand zur Olympia-Bewerbung der Kommunen in NRW im Frühjahr 2026 ist durch eine hohe Professionalisierung der Befürworter und eine klare politische Unterstützung der neuen Bundesregierung unter Friedrich Merz gekennzeichnet. Die Entscheidungsprozesse sind transparent strukturiert (DOSB-Stufenmodell) und befinden sich im Zeitplan.

Was jedoch als sportliches Leuchtturmprojekt geplant war, hat sich zu einem verteilungspolitischen Konflikt entwickelt. Die Entscheidung der Landesregierung, die Kosten der Demokratie (Referenden) gegen die Infrastruktur des Breitensports auszuspielen, hat der Opposition einen wirkmächtigen Hebel geliefert. Der Ausgang der Ratsbürgerentscheide am 19. April 2026 ist daher kein Selbstläufer. Er hängt davon ab, ob es der Kampagne „Rhein Ruhr City“ gelingt, das Narrativ der Hoffnung und des Aufbruchs gegen das Narrativ der sozialen Verdrängung und der falschen Prioritätensetzung durchzusetzen. Die geopolitische Lage und die reformierte Haltung des IOC bieten NRW eine historische Chance – ob die Bürger diese ergreifen wollen, bleibt die große Unbekannte in dieser Gleichung.

Quellen-Verzeichnis: ¹

Referenzen

1. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen Politische Vereinbarung zu einer deutschen Bewerbung um Olympische und Paralympische S - Sportland.NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, https://www.sportland.nrw/sites/default/files/2025-12/Pressemeldung%20vom%2004.12.2025_0.pdf
2. Unsere Städte. Unsere Spiele. Olympia & Paralympics Rhein-Ruhr, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://olympiabewerbung.nrw/>
3. Olympia-Bewerbung: Wüst will Bürgerentscheid durch Kürzungen im Sport finanzieren - SPD Fraktion NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.spd-fraktion-nrw.de/pressemeldung/olympia-bewerbung-wuest-will-buergerentscheid-durch-kuerzungen-im-sport-finanzieren/>
4. Olympische Spiele in Deutschland: Bürger in den Bewerber-Regionen stehen Bewerbungen positiv gegenüber - Table.Briefings, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://table.media/berlin/talk-of-the-town/olympische-spiele-in-deutschland-bu>

- [erger-in-den-bewerberregionen-stehen-bewerbungen-positiv-gegenueber](#)
5. Landesparteitag beschließt: Kein Olympia an Rhein und Ruhr - Die Linke NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.dielinke-nrw.de/presse/presseerklaerungen/detail-presseerklaerung-en-nrw/news/landesparteitag-beschliesst-kein-olympia-an-rhein-und-ruhr/>
 6. NOlympia Colonia, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://nolympia-colonia.de/>
 7. Bewerbung mit Hindernissen - Deutschlands neue Olympia-Strategie - Deutschlandfunk, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.deutschlandfunk.de/olympia-bewerbung-deutschland-104.html>
 8. Olympiabewerbung - DOSB, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.dosb.de/themen/olympiabewerbung>
 9. Rhein-Ruhr erreicht nächste Stufe im Bewerbungsprozess um Olympische und Paralympische Spiele - Landessportbund NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.lsb.nrw/medien/news/artikel/rhein-ruhr-erreicht-naechste-stufe-im-bewerbungsprozess-um-olympische-und-paralympische-spiele>
 10. Olympia 2040 in Deutschland? Bundeskanzler Olaf Scholz gibt Zusammenarbeit mit DOSB bekannt - Konzept folgt 2025 - Eurosport, Zugriff am Januar 28, 2026, https://www.eurosport.de/olympia/olympia-paris-2024/2024/olympia-2040-in-deutschland-bundeskanzler-olaf-scholz-gibt-zusammenarbeit-mit-dosb-bekannt-konzept-folgt-2025_sto20021638/story.shtml
 11. Olympia | dortmund.de, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.dortmund.de/themen/engagement-und-buerger-innenbeteiligung/olympia/>
 12. „Rhein Ruhr City 2032“-Initiative - Sportland.NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://sportland.nrw/rhein-ruhr-city-2032-initiative>
 13. Essen begrüßt Entscheidung: Köln wird Leading City der Rhein-Ruhr-Olympiabewerbung, Zugriff am Januar 28, 2026, https://www.essen.de/meldungen/pressemeldung_1582333.de.html
 14. Millionenaufträge waren mündlich erteilt worden | Bund der Steuerzahler e.V., Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.steuerzahler.de/aktuelles/detail/millionenauftraege-waren-muendlich-erteilt-worden-1/>
 15. Allgemeines zum Ratsbürgerentscheid Olympische Spiele an Rhein und Ruhr - Stadt Köln, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/wahlen/74329/index.html>
 16. „Dafür sein ist alles“ – 2026 fällt die Entscheidung zur deutschen Olympiabewerbung - Landessportbund Sachsen-Anhalt e. V., Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.lsb-sachsen-anhalt.de/aktuelles/detailansicht/dafuer-sein-ist-alles-d-deutschland-will-gastgeber-der-olympischen-und-paralympischen-spiele-werden>
 17. Wissen: Olympiabewerbung - DOSB, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.dosb.de/wissen/detail/olympiabewerbung>
 18. Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.antenneduesseldorf.de/artikel/buergerentscheid-olympia-plaene-fu>

[er-duesseldorf-nrw-2512191#:~:text=Am%2019..Region%20Rhein%2DRuhr%20zu%20holen.](#)

19. Start der Kampagne für die Bewerbung KölnRheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele 2036, 2040 und 2044 | Land.NRW, Zugriff am Januar 28, 2026,
<https://www.land.nrw/pressemitteilung/start-der-kampagne-fuer-die-bewerbung-koelnrheinruhr-um-olympische-und>
20. Olympiabewerbung Archives - Sportstiftung NRW, Zugriff am Januar 28, 2026,
<https://www.sportstiftung-nrw.de/tag/olympiabewerbung/>